

Haushalt 2018

Umsetzung der Höchstgrenze für die Ausweitung des Beamten- und Arbeitnehmerstellenplanes des Referats für Gesundheit und Umwelt

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 11054

**Beschluss in der gemeinsamen Sitzung des Umweltausschusses und des
Gesundheitsausschusses
vom 15.05.2018 (VB)
Öffentliche Sitzung**

I. Vortrag der Referentin

Gemäß Änderungsantrag der CSU und SPD-Fraktion für die Vollversammlung am 13.12.2017 (Antrag Nr. 14-20 / A 03701) sind die vom Stadtrat in 2017 stadtweit beschlossenen 1.070 Stellen (VZÄ) auf 800 Stellen (VZÄ) zu reduzieren. Die Entfristungen bzw. Verlängerungen von befristeten Stellen sind unabhängig von der festgelegten Höchstgrenze weiterhin möglich.

Das Referat für Gesundheit und Umwelt hat im Haushaltsjahr 2017 insgesamt 33,88 Stellen (VZÄ) beantragt. Nach den Vorgaben des Änderungsantrags ergibt sich für das Referat für Gesundheit und Umwelt insgesamt eine Höchstgrenze von 25,53 Stellen (VZÄ). Somit sind insgesamt gerundet 8,3 Stellen (VZÄ) einzusparen.

1. Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Sparvorgabe

Das Personal- und Organisationsreferat hat es grundsätzlich den Referaten überlassen, wie die Einsparungen erfolgen sollen, es wurden allerdings Rahmenbedingungen vorgegeben. So steht es den Referaten frei, Reduzierungen bei den in 2017 bereits beschlossenen Stellen vorzunehmen. Dabei müssen beschlossene Maßnahmen bzw. gesetzliche Aufgaben mit geringerem Personaleinsatz umgesetzt bzw. erfüllt werden. Alternativ können die Einsparungen auch durch Kompensation mit bereits vorhandenen Stellen realisiert werden. Davon ausgenommen sind jedoch Stellen z. B. mit Befristungsvermerk bzw. Pseudostellen (z. B. Aushilfsstellen, Beschäftigungsgenehmigungen). Gerade im Hinblick auf die Haushaltssicherungskonzepte vergangener Jahre und dem Bevölkerungs- und

Aufgabenzuwachs wurde das Referat vor erhebliche Probleme gestellt, geeignete Stellen, die zur Erledigung von - teils gesetzlichen - Aufgaben benötigt werden, als Kompensation zu benennen. Ebenfalls schwierig erwiesen sich die Auflagen bezüglich der Wertigkeit der Stellen, die zur Umsetzung der Sparvorgabe als Kompensation angeboten werden können.

2. Stellenmeldungen zur Umsetzung der Sparquote

Um die Einsparquote von insgesamt 8,3 Stellen (VZÄ) zu erfüllen, werden daher nach eingehender Prüfung nachfolgende Stellen zur Kompensation angeboten:

Stellen ohne Zweckbindung:

0,5 VZÄ A402957/E5	SB Gesundheitswesen
0,5 VZÄ 409190/P8 *	Pfleger/in im Casemanagement
0,5 VZÄ B417315/A8	Vorzimmerkraft und
0,3 VZÄ A413309/E5	SB Gesundheitswesen

Stellen mit Zweckbindung:

0,5 VZÄ A413343/E13	SB Gesundheitswesen
1,0 VZÄ A426096/E11	SB IT Transition/ IT-Service-Desk

Da die dargestellte Kompensation zur Einhaltung der Höchstgrenze nicht ausreicht, wurden die in 2017 vom Stadtrat beschlossenen Stellen nochmals überprüft. Nach eingehender Prüfung verzichtet das Referat auf die Einrichtung nachfolgender Stellen:

1,0 VZÄ/ B4	Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 08778 (VV 28.06.2017) Beamten- und Arbeitnehmerstellenplan des RGU; Schaffung und Finanzierung einer Überplanstelle der Besoldungsgruppe B4 **
0,5 VZÄ/ E8	Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 08502 (VV 26.07.2017) Kapazitätsänderung für den Aufgabenbereich Maßnahmen zur Bekämpfung von Ratten nach dem Infektionsschutzgesetz
0,5 VZÄ/ E11	Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 08520 (VV 26.07.2017) Regelförderung für gesundheits- und umweltbezogene Einrichtungen und Projekte Stellenmehrbedarfe der Zuschussbereiche im RGU
1,0 VZÄ/ E8	Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 08481 (VV 26.07.2017) Mehrbedarf der Hauptabteilung Umweltschutz

* P8 entspricht der Entgeltgruppe E8

** Stelle wurde in Basisberechnung der für die Höchstgrenze maßgeblichen Stellen aufgeführt und steht daher grundsätzlich zur Einsparung zur Verfügung – eine Beibehaltung der Stelle wird nicht weiterverfolgt

- 1,0 VZÄ/ S12 Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 08514 (VV 26.07.2017)
Gesundheitsvorsorge für psychisch erkrankte und suchtkranke
Menschen in Unterkünften und im öffentlichen Raum
- 1,0 VZÄ/ S12 Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 08439 (VV 26.07.2017)
Bedarfsgerechte sexualpädagogische Zielgruppenarbeit in der STI-
Beratung Personalmehrung.

Die Stellenkürzungen erfolgen nicht, weil Stellen oder Stellenreste nicht benötigt werden, sondern tragen den Einsparvorgaben Rechnung. Dabei wurde berücksichtigt, ob Stellenanteile realistischer Weise in angemessener Zeit besetzt werden können. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die damit weiterhin bestehenden oder dadurch entstehenden Arbeitsverdichtungen bei den Beschäftigten zu Qualitäts- und/oder Quantitätseinbußen bei der Aufgabenwahrnehmung führen. Sollte dies in der Praxis gravierende und nicht vertretbare Auswirkungen auf die Bevölkerung haben, wird dies dem Stadtrat gesondert berichtet werden.

Die Meldung der einzusparenden Personalkapazitäten wurde bereits im Vorfeld mit dem Personal- und Organisationsreferat abgestimmt. Eine erneute Abstimmung ist daher nicht mehr erforderlich. Andere Referate sind ebenfalls nicht einzubinden.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Die Korreferentin des Referates für Gesundheit und Umwelt, Frau Stadträtin Sabine Krieger sowie die Stadtkämmerei und das Personal- und Organisationsreferat haben einen Abdruck der Vorlage erhalten.

II. Antrag der Referentin

1. Die Kompensation der im Vortrag der Referentin genannten 1,8 nicht-zweckgebundenen Stellen (VZÄ) zur Erbringung der Einsparquote wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, die im Vortrag der Referentin genannten 1,5 zweckgebundenen Stellen (VZÄ) sowie 5,0 Stellen (VZÄ) aus Beschlüssen im Jahr 2017 zur Umsetzung der Höchstgrenze heranzuziehen.
3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss
nach Antrag.

Die endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit bleibt der Vollversammlung des Stadtrates vorbehalten.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende

Die Referentin

Ober-/Bürgermeister

Stephanie Jacobs
Berufsmäßige Stadträtin

- IV. Abdruck von I. mit III. (Beglaubigungen)
über das Direktorium HA II/V - Stadtratsprotokolle
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei
an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an das Referat für Gesundheit und Umwelt RGU-RL-RB-SB
- V. Wv Referat für Gesundheit und Umwelt RGU-RL-RB-SB
zur weiteren Veranlassung (Archivierung, Hinweis-Mail).